

Landarbeiter! Formiert die gemeinsame Kampffront!

Von H. Rau

Not und Verzweiflung herrscht unter der Landarbeiterschaft. Ein bereites Zeugnis davon legt nachfolgender Brief, den uns ein Landarbeiter einsendet, ab. Der Brief lautet:

„Uns geht es jetzt so erbärmlich, wie es uns im ganzen Leben noch nicht gegangen ist. In den letzten Wochen sollten Kollegen am Lohn tag bis 6000 Mark herauszahlen, als Gegenleistung dafür, daß die armen Junker so freundlich sind, und uns überhaupt beschäftigen. Ihr werdet mich vielleicht einen Lügner nennen, aber ich schreibe leider die traurige Wahrheit.

In der letzten Mitgliederversammlung des D.L.B. (die Ortsgruppe zählt 150 Mitglieder) war unser Kreisleiter Krille aus Sauer hier und versuchte in zweistündiger Rede uns den schamlosen Tarif schmacht zu machen, aber es ging stürmisch zu. Der Esel sagte: wir letzten jetzt besser, als vor dem Kriege. Abjehen und Esel hatten die Kollegen vor einem solchen Vertreter. Es gibt hier keinen Kollegen, der nicht mit größtem Widerwillen die Beiträge in den Verband zahlt. Der größte Teil zahlt nicht mehr, man kann auch keinen da zurecht, ohne Prügel zu bekommen. Zu was auch? Sollen wir armen Teufel zum Dank für den Verrat noch Geld bezahlen, und von was sollen wir zahlen? Der Lohn ist zum Leben zu wenig, und zum Berreden reicht es auch noch nicht. Und wie frech und brutal die Junker heut sind, kann man sich gar nicht vorstellen, es ist kaum noch zum Aushalten. Vor dem Kriege hätte mancher Prügel bekommen, heute aber darf kein Arbeiter das Maul aufmachen, weil er sonst aufs Pflaster fliegt. Kein Verband und kein Teufel hilft uns!

Überall, wohin man sieht, nichts als graues, nacktes Elend. Wir sind so verlassen, daß man dieses erbärmliche Leben von sich werfen möchte. Aber wir wollen an manchen Kämpfer für das Proletariat denken und uns sagen: Einmal muß der Tag der Abrechnung kommen! Könnten doch die, die man wegen ihres rüchichtslosen proletarischen Kampfes meuchlings mordete, aufstehen und uns kämpfen helfen, für unsere Kinder und Witwen.

Wenn man all die mühsame tägliche Kleinarbeit ansieht, voller Verzweiflung, ohne einen rettenden Schritt aus dem Elend zu sehen, wünscht man lieber ein Ende mit Schreden, als einen Schreden ohne Ende.

Nun noch eine Mitteilung: Es hat sich ein Verband der Auswanderer nach Mexiko gebildet. Es wird tüchtigen Landarbeitern dort Land versprochen, Gejspann und Zuchtvieh und ratenweise Abzahlung in der Dauer von 10 Jahren. Das Klima sei gut und der Boden auch. Da haben sich viele Landarbeiter aufnehmen lassen. Es wird ihnen versprochen, sie sollen freie Männer auf freier Scholle sein. Es soll auch Regierungsland sein. Man sagt sich hier, ehe man hier sein ganzes Leben für die verfluchten Kapitalisten fröndet, kann man sich über ein großes Reich eine Heimat gründen, denn wir armen Teufel haben ja keine Heimat, wir irren umher, hungernd, frierend, heimatlos. Bitte erkundigt Euch einmal für uns, ob die uns gemachten Angaben auf Wahrheit beruhen.

Was besagt dieser Verzweiflungsjahre? Die Landarbeiter fühlen sich verlassen und verraten, sind ohne eine feste Führung, und haben selbst kein Vertrauen auf ihre Kraft, weil sie durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik der D.L.B.-Bürokratie ins Elend geführt und heute zerplittert dastehen. Abgesehen davon, daß es notwendig ist, diese veräulerten Führer zum Teufel zu jagen und solche Führer an die Spitze der Landarbeiterorganisation zu stellen, die des Vertrauens der Landarbeiter wert sind, müssen die Landarbeiter-Kollegen und Kolleginnen sich sofort fest zusammenschließen zum Kampf um eine bessere Existenz.

Das Auswandern nach Mexiko oder sonst wohin ist kein Ausweg aus der kapitalistischen Verfluchung und Ausbeutung (im übrigen handelt es sich hier meist um Schwabenerorganisationen, wir warnen deshalb die Landarbeiter davor), der Austritt aus dem D.L.B. ist ebenfalls kein Ausweg, die Landarbeiterschaft darf sich hier nicht von ihrer Verzweiflungsumarmung leiten lassen.

Ausweg allein ist der gemeinsame geschlossene Kampf des Pro-

letariats gegen die Unterdrücker. Die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Bürokratie des D.L.B. hat in den letzten Jahren und Monaten gezeigt, daß sie zur Zerspaltung der Landarbeiterfront führt. Darum weg mit der Arbeitsgemeinschaft, weg mit den arbeitsgemeinschaftlichen Führern des D.L.B. Wählt in Kreis- und Gau-Konferenzen Eure Vertreter und stellt sie unter Eure Kontrolle, dann stärkt Ihr die Front der Landarbeiterschaft, weil dann das Vertrauen zur Organisation, zu Eurer eigenen Kraft wächst.

Die gegenwärtige Not, die ungeheuerlich gestiegene Verelendung erfordert aber, daß Ihr sofort Euch zum gemeinsamen Kampf zusammenfindet. Laßt ab von kleinen Teilstreiks, die aus der Verzweiflung geboren werden und im gegenwärtigen Augenblick, wo die Frühjahrseinstellung vorbet und die Erntezit noch nicht da ist, Euch nur Niedergelagen bringen. Findet Euch zusammen in Konferenzen von wenigstens 2 und 3 Kreisen und darüber hinaus, vom ganzen Gau, berätet dort die notwendigen Maßnahmen und tretet dann geschlossen in den Streik.

Zwingt die D.L.B.-Führer, Farbe zu bekennen, ob sie gewillt sind Euch in kleinen Teilstreiks niederschlagen zu lassen, oder ob sie gewillt sind, mit Euch einen Streik über den ganzen Gau zu organisieren, der Euch auch jetzt zu besseren Lohn und Arbeitsbedingungen, zum Siege führen wird.

Wir Kommunisten werden in diesem Kampf voll und ganz auf Eurer Seite stehen und tun, was in unserer Kraft liegt, um Euch zum Siege zu führen. Es hängt alles davon ab, ob Ihr geschlossen zu kämpfen gewillt seid, ob Ihr Eure volle Kraft in die Waagschale werfen wollt.

Eure Not, das Elend Eurer Kinder und Frauen mahnt Euch Landarbeiter, es ruft Euch zu: **Formiert die gemeinsame Kampffront!**

Es wird immer toller!

Nachdem durch die Arbeitsgemeinschaftspolitik die Lohnverhältnisse der Landarbeiterschaft geradezu katastrophal sind, nachdem die ohnehin schon lange Arbeitszeit durch Verelendung der Begezeit oder durch direkte Erhöhung der jährlichen Arbeitsstunden verlängert ist und als Folge ein Steigen der Krankheit und Unglücksfälle mitschießlich ist, hat der D.L.B. gemeinsam mit dem deutschen nationalen Zentralverband der Landarbeiter und mit den Arbeitgebern in Schlesiern Maßnahmen vereinbart, in denen es unter anderem heißt:

„Der Arzt soll nur dann aufgesucht werden, wenn es wirklich unumgänglich nötig ist. (Haben das die Landarbeiter bisher etwa zum Vergnügen getan? D. Red.) Besuche des Arztes in der Wohnung des Kranken dürfen nur in den allerdringendsten Fällen verlangt werden.

Die Verfluchten dürfen nicht bei jeder ärztlichen Beratung teure Medizin vom Arzt fordern. Die bekannten Hausmittel helfen oft viel mehr (Warum nicht gar sich auf Zauberprüche verlassen? D. Red.)

Wer es irgend vermeiden kann, suche das Krankenhaus nicht an!

Jeder Verfluchte soll es sich zur Pflicht machen, solche Klassenkassaleiter, die die Kasse ausbeuten, der Klassenverwaltung namhaft zu machen, damit durch eine vertrauensärztliche Nachuntersuchung ihr tatsächlicher Krankheitsbefund festgestellt werden kann.

In diesem im schlesischen Organ des D.L.B., im „Landboten“ veröffentlichten arbeitsgemeinschaftlichen Vereinbarungen werden die Kollegen also nicht aufgefordert, gemeinsam gegen die Ausbeutung und Verelendung zu kämpfen, und damit das Zunehmen der Krankheitsfälle zu verhindern, sie werden nicht aufgefordert, gemeinsam dafür zu kämpfen, daß die Gutbesitzer zur Entlastung der Krankenkassen verpflichtet werden, die Arzt- und Arzneikosten zu tragen. Das ganze auch über den arbeitsgemeinschaftlichen Horizont der D.L.B.-Bürokratie. Die Kollegen werden aber aufgefordert, möglichst auf Arzt und Arznei zu verzichten. Ihnen wird zugemutet, das zu tun, was bisher jeder ehrliche Landarbeiter als eine Schande betrachtete, nämlich sich gegenständig zu denunzieren!

führen, sind erfolglos geblieben. Die von den Parteien gestellten Ordner waren in den meisten Fällen nicht in der Lage, sich den Mäusen gegenüber durchzusetzen. Infolgedessen sieht sich der Volkseigenen veranlaßt, in Zukunft den Lustgarten für Kundgebungen erst ab 12 Uhr mittags, d. h. erst nach beendetem Kirchzeit, freizugeben.

Diese Bekanntmachungen bedeuten eine erneute Propaganda der Arbeiterschaft, die geschlossen gegen diese Gewaltmaßnahmen auftreten muß.

An die französische Arbeiterklasse

Genossen und Genossinnen!

Im Ruhrgebiet spielen sich Kämpfe ab, die ein sofortiges Eingreifen der französischen Arbeiterklasse erfordern. Die deutschen Schwerindustriellen, die Stinnes und die Krupp, die sich die Kosten des Widerstandes gegen den französischen Imperialismus bezahlen lassen aus den Taschen der Arbeiter, haben die Arbeiterklasse auf das Schamloste ausgebeutet. Die Presse freigen in Deutschland wie im Ruhrgebiet tagtäglich. Und seit Februar haben die Unternehmer die Löhne der Bergarbeiter nicht erhöht. Vom Hunger getrieben, und die Bergarbeiter in den Streik getrieben. Die Fabrikanten haben gegen sie die Feuerwehr und Fallschirmbrigaden losgelassen. Versammlungen der Arbeiter gesprengt, Arbeiterführer mißhandelt. Die Bergarbeiter haben sich dagegen gewehrt. Sie haben die Soldatengarde des Kapitals verjagt und durch die Gewerkschaften die Ordnung selbst geschäft. Die deutsche Regierung, die jeden Tag den nationalen Kampf nicht nur gegen den französischen Imperialismus, sondern gegen das französische Volk predigt, dieselbe deutsche Regierung hat sich offen an den General Segouette mit dem Ersuchen gewandt, ihr zu erlauben, die als Schupo verkleideten Militärs nach der Ruhr hereinzulassen. Die deutsche Regierung hat die französische schamlos daran erinnert, daß Bismarck, Thiers ihm geholfen hat, die Pariser Kommune niederzuwerfen, indem er die gefangenen Truppen von Mac Mahon zu diesem Zwecke freigelassen hat.

An dem Tage, wo 60000 Pariser Arbeiter vor der Mauer der Föderierten das Andenken der glorreichen Opfer der Pariser Kommune gefeiert haben, an dem Tage, wo sie der Schmach der Annahme der Hilfe Bismarcks seitens der Kruppier von Versailles gedachten, an diesem Tag feiert General Segouette, feiert Poincaré das Andenken der Matrosen, das Andenken der deutschen französischen Hender-Kooperation. Die französische Regierung hat nicht nur die Schupo-Abteilungen zugelassen, damit sie die Führer des Streiks ins Gefängnis werfen und mißhandeln, sondern an einer ganzen Anzahl von Orten hat die französische Regierung den Okkupationsbehörden den Befehl gegeben, gegen die friedlich streikenden Arbeiter mit Waffengewalt einzugreifen.

Im Namen des Andenkens der an der Mauer der Föderierten Gefallenen, im Namen der gemeinsamen Interessen des deutschen und französischen Proletariats fordern wir Euch auf, Euren Protest gegen diese Hilfe Poincarés Stinnes und Krupp zu erheben. Wir fordern Euch auf, alles zu tun, damit kein französischer Soldat gegen deutsche Arbeiter schießt, wenn sie um ein Stück Brot kämpfen.

Es lebe die Solidarität der deutschen und französischen Arbeiterklasse im Kampf gegen ihre Faschisten!

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Faschistische Einbrecherbanden in Bochum

Wie der sogenannte „Selbstschutz“ in Bochum die Ordnung aufrecht erhalten hat, zeigt ein Bild in das Sekretariat der Union der Hand- und Kopfarbeiter in der Johannisstraße. Wie die Banden hat hier die Kotte gehäuft, Schränke und Tische sind erbrochen und Asten, Nägel und Nägel liegen wild verstreut auf den Boden. Das unterste ist nach oben gekehrt. Ein großer Teil der Gegenstände ist überhaupt aus dem Büro verschwinden, u. a. ein ganzer Schrank mit Material. Ferner vergriffen die „Ordnungs“-Kämpfer sich an Beschlagnahmungen und den herumstehenden Bürgern. Gehen, selbst der Bandenleiter hat seinen Treuhänder gefunden. Große Baden Zeitungsmaschinen erschienen den Bandenführern ebenfalls des Mißbrauches wert, selbst Altmaterial doch momentan ziemlich hoch im Preise. Die Geschäftsstelle der Union hat sofort bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt wegen gewalttätigen Einbruchs und Raubes.

Der Zerfall der SPD.

Aus der Ratung wird uns berichtet: Am 18. Mai fand eine Mitgliederversammlung der SPD in Sorau statt, in der SPD-Genossen Dinge über die ungenügende und ungenügende Lage und die Stellung der SPD referierte. Nach seinen Ausführungen wurde ein Vertrauenskomitee gegen die Zentralleitung der SPD gewählt und mit 106 Stimmen angenommen. Die sozialdemokratische „Kaufkraft“ Politik lehnte es ab, den Verfall der SPD mit dem Verfall der SPD zu verwechseln. Darum hat sich die Opposition an unsere Parteizentrale gewandt und ihr einen Antrag und auch einen Antrag zugewandt.

Auch in den anderen Orten der Ratung werden sich die SPD-Arbeiter immer mehr von der arbeitenden Politik ihrer Führer ab. In Wiesau sind 20 SPD-Genossen zu unserer Partei übergetreten.

Ein derartig erbärmliches Ansehen wagen sozialdemokratische Vertreter des D.L.B. an die Kollegen zu stellen. Höher geht's wohl nimmer! Und doch, es geht noch höher! Die arbeitsgemeinschaftlichen D.L.B.-Bürokraten bringen noch mehr fertig! In einer zweiten Abmachung zwischen dem D.L.B. und den Arbeitgebern in Schlesiern kommt noch größere Erbärmlichkeit zum Ausdruck! Es heißt dort:

„Die Arbeitgeber müssen sich ebenfalls dafür einsetzen, daß die übermäßige Inanspruchnahme der Kräfte durch die Verfluchten aufhört.“

Diese zweite Abmachung trägt so Ungehöriges in sich, daß sich selbst die schlesischen D.L.B.-Bürokraten nicht getrauen, durch ihre Organ sie den D.L.B.-Mitgliedern bekanntzugeben. Dafür ist diese Abmachung aber im „Schlesischen Landboten“ vom 19. Mai enthalten und trägt als Unterchrift des D.L.B. das 2. den Namen: Emanuel Gangner. Für die Arbeitgeber zeichnete der bekannte Landarbeiterausbeuter Dr. Graf von Kaiserling.

Besonders in Schlesiern ist es üblich, daß der Gutbesitzer sich weigern, kranken Landarbeitern zur reichen ärztlichen Hilfe zu verhelfen und oftmals trägt dadurch ein Landarbeiter für sein ganzes Leben eine Krankheit mit sich herum, die ihn in frühen Jahren aus der Mitte seiner Familie reißt und seinen Kindern den Erbnährer nimmt. Durch obige Vereinbarung haben nun die Gutbesitzer das Recht, zu entscheiden, ob ein kranker Landarbeiter überhaupt einen Arzt zuziehen darf, er kann entscheiden darüber, ob ein erkrankter Landarbeiter überhaupt ärztliche Hilfe — einer Gede werden soll oder nicht. Das erfolgt mit Genehmigung des sogenannten Vertreters der Landarbeiter.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist höchste Zeit, daß diese Verräter Eurer Interessen zum Teufel gejagt werden, daß Ihr Euch Vertreter wählt, die Eures Vertrauens wert sind. Es ist höchste Zeit, daß Ihr Kopf an Kopf mit der Industriearbeiterschaft der Ausbeuterherrschaft ein Ende macht!

Erwerbslosenforderungen in Wiesbaden

Wiesbaden, 1. Juni

Die Erwerbslosen und Notstandsarbeiter sind auch hier rührig geworden. Sie fordern eine Extrazahlung von 100 000 Mark Bezahlungszulage, vom 1. April ab Bezahlung der Regen- und Feiertage und Anerkennung des Erwerbslosenrates. Verhandlungen mit der Regierung stehen noch aus. Vorerst wurde eine Bezahlung des Pfingstmontags und des Fronleichnamstages bewilligt. Ein beabsichtigter Demonstrationstzug wurde von den Franzosen verboten. Die Notstandsarbeiter üben von jetzt ab in den Baustellen passive Resistenz.

Die Kommunistenhebe im Ruhrgebiet

Die Vorstände der freien Gewerkschaften im Ruhrgebiet haben einen Aufruf herausgegeben, in dem sie behaupten, daß die Kommunisten unter dem Schutze der Franzosen die Ruhebewegung entfesselt hätten, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Die Gewerkschaften trieben die Arbeiter mit Antippen und Revolvern aus den Betrieben und hinderten die Arbeiter gewaltlos an der Arbeit. Sie stützten die Arbeiter in brudermörderischen Straßenkämpfen, die zahlreichen Proletariatsleben und Gesundheit kosteten. Unter dem Deckmantel berechtigter Lohnforderungen entfesselten die Kommunisten politische Kämpfe.

Zu dem Aufruf der freien Gewerkschaften des Ruhrgebietes, in dem in unerhörter Weise die SPD beschuldigt wird, hat die Zentrale der SPD eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die wahren Schuldigen an dem Arbeiter-Gemegel festnagelt. Sie sagt darin:

„Die Vorstände der freien Gewerkschaften, die alles getan haben, um den Streik niederzuschlagen, entrüsteten sich darüber, daß der Streik der Ruhrarbeiter unter der Führung der SPD nicht mit einem Zusammenbruch, sondern mit einem Erfolgebete... Die Vorstände der freien Gewerkschaften wollen die Kommunisten denunzieren. Dem gegenüber stellen wir fest,

daß Gewerkschaftsführer attib an dem Kampf der streikenden Bergarbeiter beteiligt waren.

Der Aufruf der Vorstände der freien Gewerkschaften enthält die Bitte an die Reichsregierung die SPD zu vernichten.“

Der „Vorwärts“ setzt nach der schamlosen Methode der letzten Tage die Kommunistenhebe fort. Er wird darin im gleichen Maße nur von den deutsch-völkischen Blättern unterstützt, während die übrige bürgerliche Presse vorsichtig von ihm abblinzt.

Das Urteil im Budapest Kommunistenprozess

Im Budapest Kommunistenprozess wurden die Hauptangeklagten E. Singer zu 14, J. Greiner zu 13, J. Greiner zu 10, Kozburg zu 12, Szabo zu 12 und Revesz zu 10 Jahren Zuchthaus, eine zweite und dritte Gruppe zu 1 bis 30 Monaten Kerker verurteilt.

Die Genossen, die sich vor Gericht als Kommunisten bekannten, wurden einzeln und allein wegen ihres Bekenntnisses zum Kommunismus verurteilt. Laten, die sogar im Sinne eines bürgerlichen Strafrechts strafbar wären, konnten ihnen nicht nachgewiesen werden. Die Gerichts-Regierung bestraft die Idee — und die ungarische Sozialdemokratie, Mitglied der Hamburger Internationale, schweigt wohlwollend davon.

Der Konflikt unter den Sozialdemokraten der Tschechoslowakei und der Hamburger Kongress

Von Otto Heller (s. B. Hamburg)

Der Konflikt zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei und die Art seiner Behandlung auf dem Hamburger Sozialistenkongress hat blühend den Charakter dieser Internationale der Nationalisten beleuchtet. Die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei hatten schon vor vielen Wochen in ihrer Presse die schwersten Angriffe gegen ihre tschechischen Genossen erhoben, mit denen sie augenblicklich höchstens der gemeinsame Haß gegen die Kommunisten verbindet. Obwohl die zwei Parteien in ihrem Wesen völlig identisch sind, bekämpfen sie sich während — aus nationalen Gründen. Die tschechischen Sozialdemokraten betreiben keine andere Politik, als die reichsdeutschen Sozialdemokraten; dies beweisen sie mit Recht auch in ihrer Deklaration, die sie als Antwort auf die Denkschrift ihrer deutschen Kollegen, dem Kongress übergeben. Die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei aber sind Oppositionelle wider Willen; sie sind es aus nationalen Gründen, und die Vorwürfe, die ihnen in dieser Richtung die tschechischen Sozialdemokraten machen, sind sehr begründet, nur wider sie kommt im Munde gerade dieser Leute. Die festigen nationalen Geschwerden der deutschen Sozialdemokratie fanden in der Wiener „Arbeiterzeitung“ stets lebhaften Widerhall. Degressivweise verließen die tschechischen Sozialdemokraten stets, ihre Stellung zu den tschechischen Sozialdemokraten prinzipiellpolitisch zu markieren. Aber in allen prinzipiellen Fragen sind sie mit ihnen — wenn es nur nicht um das Nationale geht — einig. Und daß es ihnen nur um das Nationale geht, sah man anlässlich der Schutzgeheimnisse, wo sie anstatt mit den Kommunisten, in einer Front mit den Hakenkreuzern marschierten.

So kam Hamburg. Schwere Sorgen erfüllten die Führer der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei. Wie sollten sie es ihren Arbeitern verständlich machen, daß sie sich jetzt mit ihren angeblichen Feinden in einer Internationale zusammenschließen würden? Und so begann die Kampagne, von der wir bereits sprachen. In dieser Aktion assistierte, wie so oft, auch die Wiener „Arbeiterzeitung“. Noch in ihrer Ausgabe vom 15. Mai, also 5 Tage vor dem Kongress, widmete das Organ Fritz Adlers den tschechischen „Genossen“ einen langen Artikel: „Gefangene der Koalition“ überschrieben, in dem über „Aufassung und Praxis bei den tschechischen Sozialdemokraten“ arg hergezogen wird. Sie werden in diesem Artikel als Helfershelfer der schwärzesten Reaktion, ja sogar als Verbrecher, gebrandmarkt und ihnen wegen ihres nationalitätlichen Verhaltens anlässlich eines Plakatierungsverbots in Prag wörtlich vorgeworfen.

Die Herrschaft haben in der Tschechoslowakei der Nationalismus und der Imperialismus, und die tschechischen Sozialdemokraten bedenken alles, was er berührt.“

Aber die „Arbeiterzeitung“ vertraut gleich darauf auf die neue Internationale, die schon die nötigen Beschlüsse fassen werde, anders als früher, und die durch die Einheit des Willens und des Handelns sich auszeichnen“ solle. Letzteres wurde nun in Hamburg wie folgt demonstriert:

Auf der Konferenz der Internationale 2 1/2 hielt der tschechische Sozialdemokrat Gernat eine Brandrede gegen die Tschechen. Großer Beifall. Am nächsten Tag erhielten die Delegierten eine umfangreiche Denkschrift der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei eingehändigt, in der diese alle Sünden der tschechischen „Genossen“ aufzählten und vom Kongress die Einsetzung einer „Untersuchungs- und Vermittlungskommission“ verlangten. Am nächsten Tage vormittag, erhielten die Delegierten ein in den schärfsten Tönen gehaltenes Communiqué der Tschechen, das nebenbei von Lügen über ihre „Erfolge“ für die Arbeiter nur so strotzt. Nachmittags übergeben sie nun dem Kongress eine 28 Seiten starke Antwortbrochure gegen die deutschen „Genossen“, in der sie u. a. meinen, man möge doch auch gegen jene Parteien Untersuchungskommissionen einsetzen, die in den Jahren 1914—1918 allerlei Politik getrieben hätten. Sie wiederholen darin ausführlich ihre Angriffe auf die deutsch-tschechischen Sozialdemokraten, und an eine Stelle verurteilen sie sogar, daß sie einmal die Tschechoslowaken bis zu einer indirekten Unterjochung der tschechischen Regierung, durch Abzug bei Abstimmungen, bringen konnten. Auf diese „Antwort“ antworteten nun die Deutschböhmern recht schwächlich im „Hamburger Echo“ vom 24. Mai.

Was geschah aber nun am Kongress selbst? Bei dem Bericht der Mandatsprüfungskommission kam es zur Ablehnung der Zulassung der anderen tschechischen Regierungsozialisten, der Nationalsozialisten, oder wie sie sich jetzt nennen: der Tschechoslowakischen Sozialisten. Als nun Crispian erklärte, die Ablehnung erfolge u. a. auch wegen der unbedingten Anerkennung der Friedensverträge durch diese Partei, riefen die tschechischen Sozialdemokraten voran der Führer der Delegation, Abg. Aste: „Das tun wir auch!“ Aber niemand sagt ein Wort zu diesem Zwischenfall. Als Fritz Adler über die Stimmenteilung berichtete, stellte er fest, daß aus der Tschechoslowakei nicht weniger als vier Proteste vorliegen, und er hat inständig, man möge seinen Vorschlag, der ohnedies nur ein provisorischer sei, genehmigen. Was es aber mit der Einheit des Willens und des Handelns“ für eine Bewandnis in dieser Internationale hat und haben wird, das

offenbar vollends Adlers Referat über das neue Organisationsstatut. Er kam in diesem Referat auch auf die tschechoslowakischen Konflikte zu sprechen und er erklärte sie als „eine ernste Gefahr für die neue Arbeiterinternationale“. Mächte hindurch habe man beraten. Man habe nach einer gemeinsamen „Formel“ gesucht. Aber es sei keine zu finden. Man müsse es jedoch möglich machen, daß es keiner der Parteien unmöglich werde, wenigstens provisorisch beizutreten“. Das Organisationskomitee wolle die Debatte nicht mit dieser Sache belasten, es hoffe, daß keine der beiden Parteien das Wort ergreifen werde und er schlug schließlich eine Resolution vor, in der bloß das eine steht: daß die neue Exekutive eine Untersuchungskommission in die Tschechoslowakei senden möge — keine Kommission gegen die Tschechen, nein, nur eine ganz allgemeine Untersuchungskommission — die „Gleichheit“ berichten und Anträge stellen möge. Und alle schweigten hierzu, und alle waren zufrieden. Wo bleiben die störenden Worte der „Arbeiterzeitung“? Wo die Reden Gernats, die Resolutionen und Statute? Wo vor allem bleibt die „Einheit

des Willens und Handelns“ dieser Internationale, die an ihrem Geburtstag ihre erste „ernste Gefahr“ durch die Methode des Vogel Strauß aus der Welt schaffen? Fritz Adler, der Organisator der neuen Internationale, die wie er ausdrücklich betonte und was ja auch in den Statuten steht, ihre Aufgaben nur erfüllen kann, wenn sie auch ein Instrument im Kriege sein wird, mußte offen zugeben, daß es nicht gelungen sei, diese ernste Gefahr zu beseitigen. Die Internationale selbst nur als Instrument des Friedens, hat am ersten Tage ihres Bestehens eingestanden, daß sie nur die Anhäufung einzelner, gebrochener Stämme ist.

Aus der Kontrollauschuh-Bewegung

Im Bezirk Rheinland Westfalen-Süd entfallen bis jetzt 70 Kontrollauschuh ihre Tätigkeit. Eine Statistik über die Zusammenfassung von 30 Kontrollauschuh ergibt, daß alle Arbeiter aller Richtungen an die Arbeit beteiligten. In 30 Kontrollauschuh sind Mitglieder: 186 Kommunisten, 10 Unabhängige, 23 Sozialdemokraten, 8 Vertreter von Gewerkschaftsstellen, 1 Unionist, 21 Parteiloze, 11 treuer des Verbandes linker-rechter Familien, 2 Beamte und 4 Fleisch-Dunklerse.

Gegen den Faschismus!

An die Transportarbeiter, Eisenbahner und Seeleute aller Länder!

Kameraden!

Die am 23. und 24. Mai 1923 in Berlin zu einer Konferenz zusammengesetzten Vertreter der Internationalen Transportarbeiter-Föderation und der Allrussischen Eisenbahner-, Seeleute- und Transportarbeiterverbände — und die letzteren beheimatigt auch von allen übrigen auf dem Boden der Roten Gewerkschafts-Internationale stehenden Transportarbeiter-Organisationen — weisen nachdrücklich auf die schweren Gefahren hin, die den Transportarbeitern, wie auch der gesamten Arbeiterbewegung von dem Faschismus und der Reaktion drohen.

In Italien werden unter der faschistischen Diktatur Gewerkschaften gewaltsam aufgelöst, Gewerkschaftshäuser zerstört, die Arbeiterpresse unterdrückt und Mitglieder und Führer der Arbeiterorganisationen verhaftet. Alle Arbeiterorganisationen, die den Kapitalismus bekämpfen, sind den schwersten Verfolgungen ausgesetzt.

In Jugoslawien, in Ungarn, Spanien und Bayern, wie auch im übrigen Europa, wächst von Tag zu Tag die Gefahr, die der Arbeiterbewegung von der militärisch organisierten Reaktion droht. Der durch Krieg und bewaffneten Frieden in seinen Grundfesten erschütterte Kapitalismus schreckt in seiner Verteidigung vor keiner Barbarei zurück. Der Weiße Terror in Ungarn, die faschistische Schranne in Italien, die Mobilisierung der besonderen Ordnungspolizei in England, stellen eine planmäßige Offensive des Kapitalismus gegen das Proletariat dar.

Der Faschismus bildet seine Stoßtrupp aus der militärisch erzogenen bürgerlichen Jugend, aus wehrfähigen russischen Emigranten, aus dem verarmten und verzweifelten Mittelstand, und sogar auch aus rückständigen Arbeiterschichten. Diese Stoßtrupp der Bourgeoisie werden als Werkzeug für den Streikbruch und für die Zerrückung der kämpfenden Arbeitermassen verwendet.

Die Transportarbeiter aller Länder müssen sich gegen diese von Faschismus und Reaktion drohenden Gefahren durch planmäßige Gegenmaßnahmen und Zusammenschluß sowohl untereinander wie auch mit der organisierten Arbeiterbewegung der anderen Berufe zur Wehr sehen. Da die Einheit der Gewerkschaftsbewegung die Vorbedingung ist, um dem Widerstand des Faschismus brechen zu können, hat die zwischen der IZK und den Allrussischen Transportarbeiterverbänden in Berlin stattgefundene Konferenz beschlossen, mit allem Nachdruck für die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats zu wirken. Die Konferenz richtet sowohl an die Transportarbeiter wie auch an die gesamte Arbeiterbewegung aller Länder und Berufe die Aufforderung, den Bruderkrieg zu beenden, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung herzustellen, und so den ersten Schritt zum planmäßigen und rücksichtslosen Kampf gegen den Faschismus und die Weltreaktion zu unternehmen.

Die Gefahr ist groß. Der Faschismus wird mehr und mehr zu einer der furchtbarsten Waffen der Bourgeoisie im Kampf gegen das Proletariat. Gegen diese Bewegung gilt es, sofort alle Kräfte zu mobilisieren. Sonst ist es zu spät, und die Macht des Faschismus wird die Kräfte des organisierten Proletariats auf

lange Zeit hinaus übersteigen. Die größte Entschlossenheit in der Abwehr des bewaffneten Klassenfeindes ist nötig.

Transportarbeiter aller Länder!

Die Macht und Bedeutung eurer Organisation ist groß. Groß ist daher auch die Verantwortung, die auf Euch liegt. Durch entschlossenen Kampf gilt es daher, Euch selber und das gesamte Weltproletariat zum Siege zu führen. In dem Kampfe gegen den Faschismus und die Reaktion habt Ihr ein entscheidendes Wort zu sprechen.

Transportarbeiter! Kameraden!

Unsere Konferenz, die für die gesamte Arbeiterbewegung eine große Bedeutung hat, hat wichtige Beschlüsse gefaßt. An Euch liegt es nun, diese Beschlüsse auch in die Tat umzusetzen.

1. Eine unermüdete und systematische Propaganda in der Presse und durch Versammlungen unter den Arbeitermassen zu entfalten, um sie über den Charakter des Faschismus als Klassenwaffe der Bourgeoisie aufzuklären.
2. Alle gegebenen Möglichkeiten, auch die Parlamentaristebühne, zum Kampfe gegen den Faschismus auszunutzen.
3. Der direkten Aktion der Faschisten die direkte Aktion der Arbeiterschaft, dein bewaffneten Angriff der Faschisten die bewaffnete Abwehr des Proletariats entgegenzusetzen.
4. Die Überwachung der Bewegung der faschistischen Banden und des Munitionstransportes durch besondere Kontrollkommissionen an den Eisenbahnknotenpunkten und großen Hafenplätzen planmäßig zu organisieren.
5. Mit allen in Frage kommenden Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften, politischen Parteien, Genossenschaften usw.) zu diesem Zweck die Verbindung herzustellen.
6. Besondere Aufmerksamkeit der Aufklärungsarbeit unter den zurückgebliebenen unorganisierten Schichten der Transportarbeiter zu widmen, um zu verhindern, daß diese von den Faschisten als Werkzeuge gegen ihre eigenen Klassenbrüder benutzt werden können. Diese Aufklärungsarbeit ist auch innerhalb der faschistischen Gewerkschaften selbst zu leisten, damit ihre proletarischen Elemente zum Klassenkampf zurückgeführt werden.

Transportarbeiter! Kameraden!

Sorgt für die Durchführung dieser Beschlüsse! Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit der Reaktion! Nieder mit dem Kapitalismus! Hoch die Einheitsfront der Transportarbeiter aller Länder!

Für die Delegation der Internationalen Transportarbeiter-Föderation:

Robert Williams, Vorsitzender.
Edo Finnen, Schriftf.

Für die Delegation der Allrussischen Verbände der Transportarbeiter, Eisenbahner und Seeleute, beheimatigt von allen auf dem Boden der IZK stehenden Transportarbeiter-Verbänden:

A. Andrejew, S. Nilschanow,
A. Gadowski, A. Gosowski.

Aus der Tätigkeit der Kontrollauschuh im Reiche

Eine große Anzahl der Kontrollauschuh im Reiche sind in der Lage, über ihre erfolgreiche Tätigkeit in den letzten Wochen erneut berichten zu können. Besonders der Königsberger Kontrollauschuh, der sich nur aus Hausfrauen zusammensetzt, zeigt, was diese im Kampfe gegen den Wucher leisten können. Seit Monaten führen diese tapferen Frauen eine regelmäßige Markt- und Ladenkontrolle durch und haben in Hunderten von Fällen erreicht, daß die Verdiensthypothek der Händler verkleinert worden ist. Die erfolgreiche Tätigkeit des Kontrollauschuhes führte zur Anerkennung durch die Stadtbehörde und die Mitglieder wurden mit amtlichen Ausweisen von der Preisprüfungsstelle versehen. Die Markthändler, die alle Selbstzerzenger sind, waren über die Kontrolle sehr erbost und beschloßen deshalb, mit ihren Waren in den Vorortbahnhöfen abzugeben, um sie direkt in die Häuser der Bourgeoisie zu bringen. Auf Veranlassung des Hausfrauen wurde deshalb ein Kontrollauschuh der Eisenbahner gewählt, der ebenfalls mit Ausweisen der Preisprüfungsstelle versehen wurde. Diese Eisenbahner sorgen jetzt dafür, daß die Händler ihren Weg zur Stadt finden.

Wie sehr die Kontrollauschuh den Händlern und großen Geschäftsleuten auf die Nerven fallen, geht aus einer Beleidigungsklage des Kontrollauschuhes gegen zwei Händlerinnen hervor. Zwei Kontrollauschuhmitglieder wurden von den Händlerinnen in der gemeinsten Art und Weise beschimpft. Die eine Händlerin wurde von dem Gericht mit 80 000 Mark, die andere mit 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Richter wollte für die letzte Händlerin eine weit höhere Geldstrafe festsetzen, aber das Kontrollauschuhmitglied, eine Arbeiterfrau, wünschte, man sollte von einer höheren Bestrafung wegen des hohen Alters der Händlerin Abstand nehmen.

Auch der Kontrollauschuh von Leipzig berichtet aus seiner Tätigkeit in den letzten Wochen über sehr erfreuliche Erfolge. Besonders in den Tagen, als der Dollar wieder die ersten Sprünge unternahm und die Geschäftsleute ihre alten Ladenaufhänger sehr rasch hinaufgezeichneten, zeigte der Kontrollauschuh in einer Anzahl von Fällen durch, daß die Preise wieder herabgesetzt werden mußten. Verschiedenen Käufern von Wohnungseinrichtungen wurde von den Kontrollauschuhmitgliedern geholfen.

Wie bei allen aktiven Kontrollauschuhmitgliedern auch hier in erster Linie Leute, die in dem allergrößten Elend leben, um Hilfe an. Eine vierköpfige Familie, vollständig lungenkrank, lamierte wegen Obdachlosigkeit nachts in Kellern und Bahnhofsklosets. Die Frau befand sich in schwangerem Zustande. Der Familie gelang es endlich, ein Zimmer zu bekommen, das 3 Meter lang, 3 Meter hoch und 1 1/2 Meter breit ist. Im Zimmer befand sich ein Ofen, ein paar kleine Regale und ein paar Bretter, die als Schlafgelegenheit dienten. In diesem Zustand fand der Kontrollauschuh die Familie vor. Um der größten Not der Familie zu steuern, veranstaltete der Kontrollauschuh eine Sammlung und zwang die Behörden, sofort einzugreifen. Bei dieser Gelegenheit und in zahlreichen anderen Wohnungsfällen wird der Kontrollauschuh von Leipzig von zwei praktischen Ärzten unterstützt, die der Aufforderung des Kontrollauschuhes, ihm in seiner Tätigkeit behilflich zu sein, bereitwillig nachgekommen sind.

In Schonnebeck bei Essen legte der Kontrollauschuh mit Hilfe eines sanften Druckes der proletarischen Hunderttausenden durch, daß die Preise der Geschäftsleute auf das Niveau herabgesetzt wurden, wie sie in den Konjunkturereinen am Orte üblich sind.

Das gleiche führte der Kontrollauschuh in Briesen mit Hilfe von dem demotivierenden Arbeitern gegenüber den Fleischhändlern durch. Die Fleischhändler, die dort schon 600 bis 1000 Mark für das Pfund Fleisch mehr nahmen als die Fleischhändler in den umliegenden Orten, und die jetzt erneut pro Pfund 600 Mark mehr verlangten, wollten dem Kontrollauschuh nur einen Preisabschlag von 200 Mark pro Pfund zugestehen. Darauf wurde der Rohheit über sämtliche Fleischhändler verhängt.

Daß die Kontrollauschuh nicht nur allein den Kampf gegen die Händler führen, sondern auch bereit sind, den Kampf gegen die Zerzenger an der Wurzel aufzunehmen, geht aus dem Bericht des Obersächsischen Kontrollauschuhes hervor. Ein Fleischhändler kaufte bei einem Landwirt eine Altkuh nach dem Preise

von 200.000 Mark pro Zentner Lebendgewicht. Dem Landwirt erschien das zu wenig, er erwiderte sich beim Vorstehenden der Landwirte, welcher sagte, er soll noch warten. In der Zwischenzeit bot ein anderer Fleischermeister

210.000 Mark, und der erste Fleischer sollte von seinem Kauf Abstand nehmen. Der Kontrollausföhrer schritt ein und setzte durch, daß der Landwirt die Kuh für den ursprünglichen Preis an den ersten Fleischer abgeben mußte.

Betrieb - Gewerkschaft

Streik in der Hochseiferei in Hamburg

In Hamburg sind am Dienstag die Beschäftigten der Fischfabrik in den Streik getreten, weil sie es ablehnten, einem Schiedspruch zuzustimmen, in dem sich folgender Passus befindet:

„Dem Nettoauktionserlös (der Fische) werden vor Berechnung der Prozente für den Kapitän 20 Prozent und für die anderen Mitglieder der Besatzung 10 Prozent bis auf weiteres zur Deckung der außerordentlichen Ankosten für die Verwendung ausländischer Kohlen abgezogen.“

Am Montag morgen sollten bereits einige Dampfer zu dem neuen Tarif auslaufen. Die Leute der Besatzung, die sich weigerten, zu fahren, flogen auf das Straßensplaf. Die Mehrzahl der Steuerleute erklärte sich solidarisch und legte die Arbeit nieder. Von der gleichen Entschlossenheit war bei den Oberwerksführern nichts zu merken. Sie gaben keine Streikparole heraus, obgleich schon vor 14 Tagen einmütige Beschlüsse waren, in den Streik zu treten, falls die Redner auf ihren Forderungen bestehen würden. Am Montag mittag erst schickte die Verbandsleitung Order an Bord, daß die Steuerleute künftigen sollen. Damit ist der Streik in der Hochseiferei perfekt geworden.

Streik auf den Holfatia-Werken, Altona

Auch in den Holfatia-Werken, Altona sind die Arbeiter am Montag in den Streik getreten. Die Arbeiter hatten am Sonntag für eine Steuererhöhung zusammen in anderen Betrieben demonstriert. Eine Betriebsversammlung, die sich an die Demonstration angeschlossen, nahm Stellung zu dem abgelehnten Bescheid der Firma und beschloß den Streik. Die Arbeiter sagten sich, daß es besser ist, zu hungern und nicht zu arbeiten, als zu arbeiten und doch hungern zu müssen.

Ebenfalls wegen Lohnunterschieden sind die Arbeiter der Firma Banermeister, Mühlenbau, Altona, in den Streik getreten.

Die Ausbeutung der Heimarbeiterinnen

Es war noch vor der Revolution 1918. Bei den Hausarbeiten, welche damals zum größten Teil von Heimarbeiterinnen gefertigt wurden, waren die Löhne von den Meistern vorgegeben. Trotzdem machten die Zwischenmeister was sie wollten. Eine Heimarbeiterin hatte sich wegen zu niedrig gezahlten Lohn bei der Gewerkschaft beschwert. Nach Rücksprache mit der Zwischenmeisterin verspricht sie tarifmäßig zahlen zu wollen. Die Zwischenmeisterin hält aber ihr Wort nicht und in der Hitze des Zornes beschneidet der Gewerkschaftsangehörte die Meisterin als Betrüger. Er erhält deshalb eine Anklagestellung wegen Beleidigung und mußte sich nun vor dem Strafrichter verantworten. Der Angeklagte läßt den Richter über den Fall aus und fragt ihn was das denn wäre. Was das ist, sagt der Richter, aber das dürfen Sie doch nicht sagen. Der Richter gab also dem Beschlagten indirekt Recht, mußte ihn aber bestrafen. Allerdings kam der Beschlagte mit der geringsten Strafe davon, weil er

wie in der Begabung ausgeführt wurde, einer armen Näherin zu ihrem Recht verhelfen wollte.

Auch bei der Firma G. S. Freund, Breslau darf man bei der nichttariflichen Bezahlung der Heimarbeiterinnen nicht sagen, was das ist, zumal die Firma noch einen besonderen Schutz in ihrem Arbeitgeberverband genießt. Wir haben vor kurzem darauf hingewiesen, wie die Firma sich über alle tariflichen Abmachungen hinwegsetzt. Der Zuschlag war damals 5221 Proz., die Firma zahlte aber nur 2000 Prozent, später auf unser Eingreifen 8000 Prozent. Für den Monat hat die Firma 6288 Prozent zu zahlen, bekommen haben die Heimarbeiterinnen 3500, 3800 und 4000 Prozent. Der Arbeitgeberverband, an welchem wir uns wandten, lehnt jedes Eingreifen ab, unterstützt also noch die Firma in ihrer Handlungsweise. Es sind ja nur Heimarbeiterinnen. Inzwischen sind aber die Heimarbeiterinnen aus ihrer Isolation erematisch und verlangen ihr Recht. Darob ist nun Herr Freund ganz ungehalten und erlaubt sich von den Heimarbeiterinnen zu sagen: Man solle sie erst mal ein halbes Jahr pausieren lassen, dann würden sie schon mürbe werden. Es ist schon allerhand, was die Arbeitgeber sich alles erdreisten. Aber es kommt noch schlimmer. Herr Freund ist gewillt, die richtigen Prozente zu zahlen, will aber dann vom Grundlohn 30 Prozent abziehen. Das würde dann so aussehen: Ein Kleiderstück mit 28 Mark Grundlohn kostet mit 4000 Prozent 1148 Mark. Ziehen wir 30 Prozent Grundlohn ab, das wären 14,75 Mark zuzüglich 6288 Prozent, ergibt 1187 Mark. Herr Freund würde also für das Kleiderstück 598 Mark bezahlen, während er in Wirklichkeit 538 Mark zu wenig bezahlt hat. Was das ist, überlassen wir jedem Leser selbst.

Ein anderer Fall

Die Zwischenmeisterin Frau Böhm, Breslau, arbeitet Weiten für die Firma Pollard u. Adler. Sie bekommt tarifmäßig bezahlt. Frau Böhm beschäftigt auch Heimarbeiterinnen. Für eine große Weste mit vier Taschen zahlt sie den Heimarbeiterinnen 850 Mk., der tarifliche Lohn beträgt 1057 Mk.; für eine Wuschhemde 750 Mk., tariflicher Lohn 977 Mk. Mühselos verdient eine solche Meisterin an jeder Weste 835—1005 Mk., zahlt also noch einmal die Hälfte dessen, was sie vom Arbeitgeber erhält. Auch hier dürfen wir nicht sagen, was das ist. Diese Fälle könnten vermehrt werden. Arbeitgeber und Zwischenmeister können, wie Figuro zeigt, sich die Hände reiben in der Ausbeutung und Ausbeutung der Armen, der Heimarbeiterinnen. Diese Volksgenossen benötigen die schwere Bedrängnis und Not, die von dem Schweiß der Heimarbeiterinnen ihre eigenen Taschen zu füllen. Hiergegen hilft nur: Restlose Erfassung der Heimarbeiterinnen in der gewerkschaftlichen Organisation und Ausbau derselben zu wirklichen Klassenkampf-Instrumenten.

Die Belegschaften der Zugsgrube, Bismarck- und Julius-Schacht fordern 100.000 Mk. Zenerungszulage

Auf der Zugsgrube, dem Bismarck- und Julius-Schacht forderten die Belegschaftsmitglieder von den Betriebsräten, daß sie bei der Direktion vorstellig werden und eine einmalige Auszahlung von 100.000 Mk. an die Arbeiter überlangen. Diese Summe soll als Ausgleich für die dauernden Lohnsenkungen dienen und den Arbeitern die Beschaffung von Arbeitskleidung usw. ermöglichen. Die Betriebsräte schienen bei dieser Forderung wieder auf Granit zu stoßen, denn die Verwaltung machte bekannt, daß für diese Woche ein Zehnschichten-Abzuschlag ausgezahlt werde. Ferner soll noch

der Betrag von den vier zuletzt gezahlten Schichten am 15. 8. abgezogen werden. Damit glaubt die Direktion, ihr Möglichstes getan zu haben.

Die Belegschaft forderte von den Betriebsräten unbedingt, daß sie auf der gestellten Forderung bestehen bleiben. Es hat ja Geld genug für Beschaffung von Arbeitskleidung. Viele Gelehrte und Aufseher möchten die Arbeiter am liebsten zwingen, länger als sieben Stunden zu arbeiten. Erst läßt die Verwaltung ganze Strecken stumm zusammenbrechen, dann sollen Ueberstunden verbucht werden, um die Stimmung auszuräumen. Gelder gibt es immer noch Kameraden, die sich bewegen lassen, die Sieben-Stundenschicht zu durchbrechen, ja, die sogar auch Sonntags fahren. Warum erhalten wohl die Sommerbauer 1000 Mk. weniger pro Schicht, etwa damit die Bauer im Bedingte recht viel Ueberstunden machen sollen oder die Bauer in der Stimmung? Es ist die höchste Zeit, daß diese Ueberstände beseitigt werden.

Zahlstellenversammlung der Bergarbeiter zu Sellhammer

Kamerad Eisner hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage und über die Lohnfrage. Ausgangspunkt seines Vortrages unterzog er den schlechten Versammlungsbesuch einer Kritik. Der Redner wies darauf hin, daß von 1500 Zahlstellenmitgliedern nur ein kleiner Bruchteil erschienen sei. Schuld daran trage wohl auch die am selben Morgen einberufene Belegschaftsversammlung der Schleifchen Kohlen- und Kokswerke. Kamerad Eisner fand es sonderbar, daß ohne Veranlassung der Bezirksleitung in Gottesberg eine Belegschaftsversammlung stattfand, in welcher zu den Lohnfragen Stellung genommen werden sollte. Um solche Angelegenheiten zu erledigen, wären die Zahlstellenversammlungen da. Da bereits in der vorhergehenden Zahlstellenversammlung ein Vortrag mit diesem Thema gehalten wurde, so machte der Redner den Vorschlag, daß die Mitglieder selbst das Vortragsthema wählen und anregen sollen. Im Allgemeinen brachte auch der Vortrag nicht viel Neues. Unter anderem wurde gesagt, die schlechte wirtschaftliche Lage sei die Folge des Krieges. Auf der einen Seite sehen wir die immer größer werdende Verelendung der Arbeiter, auf der anderen Seite die profus schuldenden Kapitalisten, welche ihr Geld in ausländischen Betrieben anlegen. Der gegenwärtige Lohn stehe hinter dem des Friedens weit zurück. Seit 9. Februar haben die Arbeiter keine Lohnzulage erhalten. Dies sei darauf zurückzuführen, daß versucht wurde, die Mark zu stabilisieren und ein Preisabbau vorgenommen wurde. Hätte die Suno-Regierung den Franzosen ein ehrliches Angebot gemacht, so wäre die Ruhrbesetzung jedenfalls nicht gekommen. Redner sagte ferner, die Beseitigung der Suno-Regierung hätte eine Koalitionsregierung mit den Sozialnationalen, Zentrum und Demokraten zur Folge. Auch die Vorgänge im Ruhrgebiet wurden gestreift. Es wurde gesagt, daß dort die Kommunisten die Führung verloren hätten, und sie wären jetzt gezwungen, mit den christlichen und freigewerkschaftlichen Arbeitern gemeinsam Hundertschaften zu bilden.

Es wurde dann den Kameraden noch einmal unterbreitet, daß uns die letzte Lohnverhandlung 3930 Mark gebracht habe. In der folgenden Diskussion gaben sämtliche Redner der Erbitterung Ausdruck, von der die hungernden Bergproleten erfüllt sind.

Vom Kameraden U. H. J. wurde eine Resolution verlesen und zur Annahme gebracht, welche einen dem Feuerungsverhältnissen entsprechenden Lohnausgleich fordert. Von Kamerad Scholz wurde darauf hingewiesen, daß im Ruhrgebiet von den Gewerkschaften erst der Versuch gemacht wurde, den Streik abzu-drosseln, da dies nicht gelang, haben sie sich nun genötigt, einzulenken. Auch wurde von ihm richtiggestellt, daß die Kommunisten von vornherein proletarische Hundertschaften, gleich welcher Partei und Gewerkschaftsangehörigen, fordern. Auch wies er darauf hin, daß wir uns durch proletarische Hundertschaften und eine Arbeiterregierung die wirtschaftliche und politische Macht erkämpfen müssen. Im Schlußwort sagte der Referent, auch eine Arbeiterregierung würde uns nicht das Geld bringen, was wir von ihr erwarten. Müssen wir dann zum Beispiel alle Steuern auf die Kapitalisten wälzen, so werden sich diese ganz gewaltig dagegen auflehnen. Aber auf parlamentarischen Wege, durch Stimmzetteln (Kollege Eisner?), Kamerad Bod ging dann noch auf die Bedeutung der Kontrollratsarbeiten näher ein.

Sonderbares Verhalten eines Obmannes auf der Feinigungsgrube in Deuthen

Von einigen Arbeitern genannter Feinigungsgrube wird uns geschrieben. Am 23. Mai fand auf unserer Anlage eine Belegschaftsversammlung statt. Der Obmann Peter Blaschki beteuerte sich, unserm Genossen das Wort zu erteilen. Auch die Mitglieder des Betriebsrates, die nicht nach seiner Weise handeln, will er zwingen, ihm gefällig zu sein. Er schreut auch nicht vor Gewalttätigkeiten zurück. Peter Blaschki hat ein indifferentes Gewerkschaftler ist, schimpft auf die Kommunisten und behauptet der Wahrheit zuwider, daß sie nur politische Forderungen stellen. Der Obmann steht es, daß gerade unsere Genossen auf allen Schachtmalagen die aktivsten sind, wenn es gilt, wirtschaftliche Forderungen zu vertreten. Er bewußt durch sein ganzes Auftreten immer mehr, daß er weniger die Interessen der Arbeiter im Auge hat, als die Förderung des Unternehmerprofits. Gleich nach Eröffnung der Belegschaftsversammlung ersuchte er die Belegschaft, dafür zu sorgen, daß die bestimmte Kollektion herausgefördert wird. Bei Bekanntgabe der neuen Hungerlöhne schreit er zur Finanzierung der Steuerbefreiung und redete den Genossen ein, sich recht hohe Beiträge abzugeben zu lassen. Besonders komisch wirkt es, wenn B. gegen die Unorganisierten, die wir gewiß nicht vertreten wollen, wittert. Im vorigen Jahre hat B. nämlich selbst noch die Kameraden aufgefordert, seine Beiträge zu zahlen. Er wollte sogar einen Pecherwerbverband gründen. Ob er ist nicht müde, daß die Kameraden der Feinigungsgrube in der Mehrzahl nicht organisiert sind. Bei seiner Propaganda für den Bergarbeiter-Verband frägt sich B. u. a. auch bei dem, daß selbst radikale Kommunisten, die die Politik des P.A.B. bekämpfen, gezwungen sind, Verbandsbeiträge zu zahlen. Ja, glaubt denn der liebe Obmann, daß ein gewählter reger Kommunistischer Gewerkschaftler keine Beschwerde bei der Bäder-Inspektion anbringen soll? Auch die Abneigung des Obmannes gegen die politischen Reden auf den Belegschaftsversammlungen ist recht komisch. Denn er selbst vertritt das schamlose Verhalten der sozialdemokratischen Partei. Denn er selbst vertritt auf diesem Gebiete auf dem Betriebsratsbüro angewandte, ist diese Sympathie verständlich.

Genosse und Genossin werbe eifrig für dein Partei-Organ.

Ein sozialer Roman von Jac London

Ein sozialer Roman von Jac London.

Sie wurden gelehrt, und später lehrten sie es wieder weiter, daß das, was sie taten, recht sei. Dieser aristokratische Gedanke wurde von Kindheit an so in sie hineingehämmert, bis er ihnen in Fleisch und Blut übergegangen war. Sie betrachteten sich als Herrscher von weißen Tieren, als Herrscher über die Bestie. Unter ihren Füßen ergab sich stets das unterwürfige Rollen der Revolution - Gewalttätiger Tod schlich heimlich unter ihnen einher, vor Bomben und Messern und Augen wärten sie sich ebenso verlesen wie vor den Anstalten der brüllenden Bestie des Abgrundes, die sie bändigen mußten, wenn sie die Menschheit bezähmen wollten. Sie waren die Retter der Menschheit, und sie betrachteten sich selbst als Helfershelfer und notwendige Arbeiter am das höchste Gut.

Sie glaubten, daß sie, als eine Klasse, allein die Zivilisation aufrecht erhielten. Ihr Glaube war, daß wenn sie je schwach werden sollten, die große Bestie sie, und alles Schöne und Wundervolle, alle Freude und alles Gute in ihrem kaiserlich-reichenden Lachen verschlingen würde. Ohne sie würde Anarchie herrschen und die Menschheit in die dunkle Nacht zurückfallen, aus der sie sich so mühsam erhoben hatte. Das Schreckensbild der Anarchie wurde den Kindern imwahrnehmbar vor Augen gehalten, und sie überredeten wieder von der gescheiterten Nacht befehlen, zeigten ihnen Kavernen ebenfalls das Schreckensbild der Anarchie. Das sei die Bestie, die unterdrückt werden möchte, und die höchste Pflicht der Zivilisation wäre die, daß sie sie zu den Klauen, sie allein würden in unerschütterlicher Arbeit und Opferbereitschaft zwischen der kaiserlichen Menschheit und der alles verschlingenden Bestie. Und sie glaubten es, glaubten es ganz bestimmt.

So kann nicht genug Bewußt auf diese hohe moralische Rechtfertigung der ganzen oligarchischen Klasse legen. Sie ist die Kraft der Eisernen

Bestie gereinen, und zu viele Genossen waren zu langsam oder nicht genügt, den rechten Schluß daraus zu ziehen. Viele unter ihnen schrieben die Kraft der Eisernen Bestie, ihrem Pöbelmühsam- und Betrugssystem zu. Das ist falsch. Himmel und Hölle mögen die Grundfaktoren des religionsseinernden Fanatismus sein; aber für die große Mehrheit der Religionen sind Himmel und Hölle zugehörig zu Recht und Unrecht. Die Liebe zum Recht, das Verlangen nach Recht, die Ungleichgültigkeit über alles, was nicht Recht ist - kurz, die rechte Führung ist der Grundfaktor der Religion. Gefängnisse, Verbannungen und Entwürdigung, Ehre und Falsche und Wunderstädte sind alles Zufälligkeiten. Die große treibende Kraft der Oligarchie ist der Glaube, daß sie das Rechte tue. Ungeachtet der Unterdrückung und Ungerechtigkeit, worin die Eisernen Bestie befangen war. Alles ist erlaubt. Der springende Punkt ist, daß die Kraft der Oligarchie heute in ihrer überzeugten Auffassung ihrer Rechtfertigung liegt.

Die Kraft der Revolution hat in diesen zwan-zig angstvollen Jahren nur im Gefühl für die Rechtfertigung gelebt. Anders lassen sich unsere Opfer und unser Martyrium nicht erklären. Aus keinem anderen Grunde handelte Anarchy Menschenhand seine Seele für die Sache aus und lang keinen wilden Schwärmerei in der Nacht vor seinem Tode. Aus keinem anderen Grunde handelte sich Hurelei unter Foltern, weil er sich bis zuletzt weigerte, seine Genossen zu verraten. Aus keinem anderen Grunde hat Anna Koptowa auf die glänzendste Märtyrerin verzichtet. Aus keinem anderen Grunde ist Joha Garçon der treue und unbedingte Wächter unserer Zukunft gewesen. Einzelne, jung oder alt, Mann oder Frau, hoch oder niedrig, Genie oder Dummkopf, man gehe wohin man will unter die Genossen der Revolution, man wird immer ein großes und heldisches Verlangen nach Recht als treibende Kraft finden.

Aber ich bin meiner Erzählung unangeeilt. Erst nach ich verstanden sehr wohl, nach herbei mit unser Bestreben verhalten, die Entwidlung der oligarchischen Kraft. Die Arbeiter-

faulen, die Soldaten, und das große Heer der Wehrmachtigen und verschiedenartigen Polizeigenossen waren der Oligarchie verpflichtet. In-dereizeits verlor die große hilflose Masse der Bevölkerung, das Volk des Abgrundes, in eine brutale gleichgültige Ergebung in ihr Schicksal. Wenn starke Proletarier inmitten der Masse ihre Kraft geltend machten, wurden sie durch die Oligarchie von der Masse weggezogen und setzten bessere Bedingungen, indem sie Mitglieder der Arbeiterschaft oder der Soldatenheere wurden. So wurde die Ungleichheit eingeleitet und das Proletariat seiner natürlichen Führer beraubt.

Die Ange des Volkes im Abgrund war bemitleidenswert. Die öffentliche Schulbildung, soferne diese Proleten in Frage kamen, hatte aufgehört. Sie lebten wie Vieh in großen, schmutzigen Arbeiterquartieren, wo sie in Ghend und Entwürdigung verfaulen. Ihre alten Freiheiten waren dahin. Die Auswahl der Arbeit war ihnen verboten. Ebenso war ihnen das Recht der Freizügigkeit und das des Waffentragens entzogen. Sie waren nicht wie die Bauern Landbesitzer, sondern Maschinen- und Arbeitsflavone. Wenn ungesunde Arbeiten für sie entstanden, wie der Bau von großen Landstraßen und Kanälen, von Kanälen, Tunneln, Unterführungen und Befestigungen, dann wurden in den Arbeiterquartieren Anschauungen gemacht und die Ghenden zu Zehntausenden nach dem Arbeitsfeld transportiert. Große Heere von ihnen arbeiteten soeben am Aufbau von Ardis, wo sie in elenden Baracken kauften, und wo Anständigkeit durch dumme Bestialität ersetzt war. In Wahrheit, dort in den Arbeiterquartieren mochte die brüllende Bestie des Abgrundes, die die Oligarchie so schnelllich sterben - aber sie ist ihr eigenes Produkt. Sie wolle in ihr die Affen und Tiger nicht herbei lassen.

Und gerade eben heißt es, daß neue Ausbeutungen für den Aufbau von Argard in Ghend seien, für die unerschütterlichen Wunderkraft, die nach

ihrer Vollendung Ardis noch weit in den Schattentellen wird. Wir Revolutionäre werden mit dem großen Wert fortschreiten; aber es wird nicht durch die eisernen Klappen getan werden. Die Mauern und Türme und Schächte jener herrlichen Stadt werden unter Gesang entstehen, und in ihre Schönheit und ihre Wunder werden nicht Ach und Weh hineingewoben werden, sondern Musik und Lachen.

Erst war frant vor Ungebuld, in die Welt hinauszukommen, und die Arbeit für unsere ungünstige erste Revolution, die in der Oligarchen Kommune beschlug, ging rasch ihrer Reife entgegen. Aber er erfüllte seine Seele mit Geduld, und nachdem Hahly, der eigens dazu aus Illinois gekommen war, ihn während der Zeit seiner Folter in einen ganz anderen Mann umgewandelt hatte, maßte er großen Pläne in seinem Kopf für die Organisation des gebildeten Proletariats und schließlich für die Beschaffung der erzieherischen Anfangsgründe unter dem Volk des Abgrundes - all dies natürlich für den Fall eines Fehlschlages der ersten Revolution.

Erst im Januar 1917 verließen wir unsere Zufluchtsstätte. Alles war vorbereitet. Wir nahmen gleichzeitig unsere Stellen als agents provocateurs im System der Eisernen Bestie ein. Ich sollte als Genoss Schwesler gelten. Von Oligarchen und Genossen, die im Innen-dienst in hohen Stellungen waren, war Maß für uns geschafft worden; wir waren im Besitze aller notwendigen Zeugnisse, und unsere Betrugsgenossenschaft wurde genügend erklärt. Mit Hilfe von innen ließ sich das leicht bewerkstelligen, denn in jener Schattenswelt des Geheimdienstes war die Identität unklar. Die Agenten kamen und gingen wie Geister, gehörten Befehlen, erfüllten gänzlich ihre Pflichten, verfolgten Spuren und erplatteten oft ihre Berichte Offizieren, die sie niemals sahen, oder arbeiteten mit anderen Agenten zusammen, die sie nie zuvor gesehen hatten und wacher auch niemals wieder sahen.

(Fortsetzung folgt)

Proletarischer Kurzzettel.

Im Laufe dieser Woche ist der Dollar auf 70 000 geklettert. Die Folge davon ist, daß alle Waren in weitestem Umfang steigen.

Als Minuten mehr arbeiten. Das heißt, wenn eine Hausfrau am letzten Samstag für den Bedarf der Familie vom Lohn des Mannes für jede der aufgeführten Warenquantitäten 4 Arbeitsstundenlöhne annehmen muß, muß der Mann in dieser Woche 4 1/2 Stunden arbeiten, um die gleiche Ware zu erhalten.

Wie sehen hieraus, daß das Fallen und Steigen des Dollars keine Elementarerscheinung sein kann, da viele Menschen mit dem Steigen der Devisen sich einen großen Verdienst einbilden können. Wir stellen fest, daß der Dollarkurs von den Unternehmern, den Industriellen, den Junkern und den Bankern, diesen allergeringsten Wucherern in die Höhe getrieben wird, um das arbeitende Volk immer mehr auszuzugeln.

Table with 4 columns: Ware, Menge, Preis am 25. Mai 1923, Preis im Mai 1923. Lists various goods like flour, sugar, and their price fluctuations.

Generalversammlung des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“

Die VVD-Registrierung an der Arbeit. - Dringende Verengung der kommunikativen Genossenschaft.

Am Mittwoch, den 30. Mai fand die vom Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ im Gewerkschaftshaus zwecks Statutenänderung einberufene außerordentliche Generalversammlung statt.

Selbstverantwortung, Umsicht auf dem Warenmarkt, Mäßigkeit bei Kaufkraft der Mitglieder, mangelnde Betriebsmittel hemmen den Fortschritt des früher in hauseigenen Vorwärtsentwicklung begriffenen Arbeiterunternehmens.

Der Geschäftsführer hob ferner hervor, daß die Geschäftsanteile von 10 000 auf 50 000 Mk unbedingt erhöht werden müssen. Es sei unbedingt nötig, daß ein jeder Genosse, der wirtschaftlich dazu in der Lage sei, den Geschäftsanteil voll einzahlte.

In der Diskussion über Genossen Krupke als auch Genosse Riebel Kritik daran, daß Zwiebeln und Kartoffeln in über das übliche Maß hinausgehender Menge im Hauptlager vorhanden. Von Seiten der Geschäftsführer wurde die durchaus sachliche Kritik unserer Genossen sofort mit persönlichen Angriffen und Seitenhieben gegen die VVD beantwortet.

Bei der Statutenberatung setzte die durch die Lagerhalter und Geschäftsführer und VVD-Funktionäre verhegte Mehrheit der Versammlung (382 gegen 37) ihre Propagationen fort.

zur Genossenschaft zugehende Abänderungsanträge ein.

Der Geschäftsführer, Lagerhalter und VVD-Redner genügt aber schon der Name und die politische Zugehörigkeit des Antragstellers, um jeden Antrag desselben ohne Prüfung und Kritik als kommunistische Macho zu denunzieren.

Ein Antrag unserer Genossen, der die Genossenschaft zur Aufnahme von Staatskrediten bewegen sollte, wurde ebenfalls ohne ernsthafte Debatte gewohnheitsmäßig zu Fall gebracht.

Recht charakteristisch für die frühwinklige Unzulässigkeit der VVD-Funktionäre war die glatte Ablehnung unseres Antrages, der verlangte, daß Besamntmachungen des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ auch in der „Arbeiterzeitung“ erfolgen sollen.

Dieser anderwärts selbstverständliche Antrag wurde mit einem Hagel von Angriffen gegen unsere Partei beantwortet. Auch hier setzte nach kurzer Debatte der bestellte Schlußantrag ein.

Durch solche Unzulässigkeit werden die vorhandenen Gegensätze zum Schaden der Genossenschaft verschärft.

Wir können dem nur noch hinzufügen, daß in dem kleinsten ober-schlesischen Rast sich die Einbringung solcher Anträge erübrigen würde.

Aber bei der frühwinkligen VVD in Breslau ist ja alles möglich. Verweigert man doch unseren Genossen aus purer Niedertracht und persönlicher Geheißigkeit das Gewerkschaftshaus, stellt es aber öffentlichen Kurpfuschern zu Verdummungsvorträgen zur Verfügung.

In allen anderen Orten Schlesiens (Reichshaus ausgenommen) haben sich die VVD-Funktionäre nicht so verhegen lassen wie in Breslau. Die Besamntmachung in der VVD-Presse gibt dort genau so als Selbstverständlichkeit wie die Ueberlassung des Gewerkschaftshauses.

Der Horizont unserer Breslauer Gegner ist aber nun einmal genau so begrenzt wie der, den die Reichshäuser VVDer besitzen. Trotz dem werden wir uns nicht hindern lassen, auch als Genossenschaftler unsere Pflicht zu tun und an der Erhaltung des Konsum- und Sparvereins „Vorwärts“ mitzuwirken.

Wir werden uns aber das Recht zur Kritik an Mithständen im Konsumverein nicht rauben lassen.

Herr Darf zählt weiter

Am Donnerstag hat er zur allgemeinen Erheiterung festgestellt, daß es in Breslau 31 wirkliche Kommunisten gibt.

Western hat sich Herr Darf weiter in geistige Anstöße gestürzt und auch die Vester der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ gezählt.

In der gestrigen Generalversammlung hat der kommunistische Redakteur Dombrowski behauptet, die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ habe 5000 Leser.

Da bei Kommunisten Worte immer einen anderen Sinn haben, als im gewöhnlichen Leben, kann man rechnen, daß die „Arbeiterzeitung“ als Leser in jeder Familie Mann, Frau und Kind besonders zählt, und daß auch als Leser gezählt wird, wer die „Arbeiterzeitung“ gelegentlich gezeigt erhält.

Demnach wird man annehmen können, daß die „Arbeiterzeitung“ 1500 bis 2000 Abonnenten hat. Die Hälfte davon sind nicht Kommunisten, sondern Sozialdemokraten.

Wasden alle unsere führenden Genossen das Redolierblatt rauschschmeißen, dann würde der Spuk bald sein Ende haben. Die angeblichen Kommunisten selbst ziehen die Stimmesprelle ihrer „Arbeiterzeitung“ vor.

Hier hat sich die „Volkswacht“ selbst überboten. Größere Naivität, verbunden mit niedrigerer Gesinnung, wie sie aus diesem Artikel spricht, ist kaum denkbar.

Der Herr Darf zählt weiter. Am Donnerstag hat er zur allgemeinen Erheiterung festgestellt, daß es in Breslau 31 wirkliche Kommunisten gibt.

„Volkswacht“ zu nennen. Die „Volkswacht“ liegt, wenn sie behauptet, Genosse Dombrowski habe von 5000 Lesern der Arbeiterzeitung gesprochen.

Unter Genosse Dombrowski hat vielmehr wörtlich erklärt: „Es ist eine glatte Selbstverständlichkeit, daß ein Arbeiterunternehmen in allen von organisierten Arbeitern geleiteten Tageszeitungen seine Besamntmachungen veröffentlichen muß.“

Wenn Sie die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, die von Tausenden von Arbeitern in Breslau gelesen wird, nicht verläßtigt und nur die „Volkswacht“ für Besamntmachungen benutzen wollen, so lassen Sie damit Ihre neutrale Maske fallen und stempeln den Arbeiter-Konsumverein „Vorwärts“ zu einem sozialdemokratischen Parteienternehmen.“

Genosse Dombrowski hatte ja gar keine Veranlassung, irgendwelche Zahlen zu nennen und eine Abonnentenliste anzugeben, die wir seit Jahr und Tag weit überschritten haben.

Der Berichterstatter der „Volkswacht“ dokumentiert den Tiefstand seiner Gestaltung dadurch, daß er ferner schreibt, die Behauptung geschah, um der „Arbeiterzeitung“ durch Inserate zu helfen.

Der Volkswachtschreiber verrät im übrigen seine kommerzielle Begabung durch die Feststellung, daß wir 1500 bis 2000 Abonnenten haben.

O du heilige Einfalt! Hat der Mann einen Dunst von den Existenzbedingungen einer täglich stetig erscheinenden mit Rotation hergestellten Zeitung.

Im die Neugier des Herrn Darf ein für allemal zu stillen, laden wir ihn hiermit ganz ergebenst ein, sich am Montag, den 4. Juni, mittags 12 Uhr, vor dem Grundstück Trebnitzer Straße 50 einzufinden und sich von dem Bestand unserer Zeitungen zu überzeugen.

Herr Darf muß uns gestatten, nach erfolgtem Transport unserer Zeitungen sein — wie wir kürzlich schon zart andeuteten — nicht unmäßig intelligentes Gesicht zu photographieren.

Anlässlich der Reichsarbeiter-Sportwoche finden in Breslau folgende Veranstaltungen statt. Sonnabend, den 2. Juni:

Abends 8 1/2 Uhr: Fackelzug. Aufmarsch auf dem Schlossplatz. Ansprache, Abmarsch des Zuges vom Schlossplatz durch die Schweidnitzer Straße, Ring, Bechertstraße, Kurfürstenseite, Abrechtstraße, Dominikanerplatz, Weiße Obste, Breite Straße, Gefingplatz, Gefingstraße, Klosterstraße, Mauritzstraße, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße.

Vormittags 9 1/2 Uhr: Bootsausfahrt der „Freien Ruder-Vereinigung Breslau“. Vormittags 10 Uhr: Aufschwimmen über 1 Kilometer, Start Ohlemündung, Arbeiter-Schwimmverein „Poseidon“.

Nachmittags 2 Uhr: Start zum Mannschafts-Propagandalauf (4 Kilometer). Nachmittags 2 1/2 Uhr: Stadtfesten der Kreis 25 Mannschaften in der Radrennbahn Grünliche.

Nachmittags 3 Uhr: Beginn der Veranstaltung im Innenraum der Rennbahn mit Freitreibungen der Mädchen- und Knaben-Abteilungen der „Freien Turnerschaft Breslau“. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Volkskänge des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“.

Nachmittags 4 Uhr: Radsporthliche Vorführungen des „Arbeiter-Radsportvereins Breslau“. Nachmittags 5 Uhr: Kassenabgaben des „Arbeiter-Athletenbundes“.

Nachmittags 5 1/2 Uhr: Turnen der „Freien Turnerschaft Breslau“, Männer-Abteilungen an Herren, Jugendabteilungen an 8 Mädchen.

Nachmittags 6 Uhr: Turnspiele der Turnerinnen an der Obertribüne: Trommelball, der Turner an der Kuppeltribüne: Faustball. Nachmittags 6 1/2 Uhr: Freitreibungen der Frauenabteilungen der „Freien Turnerschaft Breslau“.

Nachmittags 7 Uhr: Leichtathletik, Vorkämpfer: je 2 Paare der Schwimmer, Turner, Faustballspieler und Athleten. Samstagabend, den 3. Juni: Abends 7 Uhr: Schwimmsportliche Vorkämpfer in der Ohlemündung, Arbeiter-Schwimmverein „Poseidon“.

Abends 8 Uhr: Hallensport, Schachturnier der „Freien Turnerschaft Breslau“ in den Turnhallen: Kreuzstraße, Brodauer Straße, Reichstraße, Liegnitzer Straße, des „Arbeiter-Athletenbundes“: Waterloostraße, Zwickauerstraße.

Abends 8 Uhr: Fußball-Wettspiel zweier Auswahl-Mannschaften des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, 1. Bezirk, Spielvereinigung Schlesiens, Handball-Wettspiel: Arbeiter-Schwimmverein „Poseidon“ gegen „Freie Turnerschaft Breslau“ (Jahresfeier-Gesellschaft).

Abends 8 1/2 Uhr: Schachwettkämpfe und Simultanspielfest des „Arbeiter-Schach-Vereins“, Gewerkschaftshaus, Kleiner Saal. Den Sanitätsdienst verrichten bei allen Veranstaltungen die Mitglieder des „Arbeiter-Samariter-Bundes“, Kolbne Breslau.

Arbeiter-Schachverein Breslau. Wir machen unsere Mitglieder auf den am 2. Juni, abends 8,30 Uhr, stattfindenden Fackelzug aufmerksam. Treffpunkt 7,15 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Am Mittwoch, den 6. Juni, abends 7 Uhr, findet im Kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Simultanvorstellung von Schachgen. Dabei sind hierzu freundlichst eingeladen.

Revolutionärer Kampffonds der R. P. D. Bezirk Schlesien.

Fast 1/2 Mill. Mk. für den Kampffonds.

Table with 2 columns: Ortsgr., Betrag. Lists various locations and their contributions to the fund.

Genossen! Steigert die Sammelaktivität für den Kampffonds der Partei!

Sorgt bei jeder Gelegenheit, daß dem Kampffonds neue Mittel zugeführt werden. Auch dies gehört zu unseren täglichen Aufgaben!

Schafft Munition! Die Bezirksleitung der R.P.D. Schlesien.

Nus der Provinz

Niedersdorf OS. Es geht vorwärts. Am Sonnabend den 26. Mai fand hierorts eine öffentliche Versammlung der R.P.D. statt in der Genosse Marggraf über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse sprach.

Degeton. Ein neuer Streiter. Sonntag, den 27. Mai, nachmittags 17 Uhr in einer öffentlichen Versammlung, die von etwa 100 Personen besucht war, der Genosse Marggraf über die wirtschaftliche Verelendung der Arbeiterklasse.

Ref. Wähliger Protest der Arbeiterchaft gegen Severings Maßnahmen. Am Donnerstag, den 24. Mai, abends 6 Uhr, fand eine Protestversammlung gegen die Verhaftung des Genossen Fritsch aus Mischowitz statt, die überfüllt war. Circa 1500 Protestierer gaben ihrer Entrüstung gegen das Vorgehen der reaktionären Behörden Ausdruck und schloßen den Aufmärschen des Genossen Marschall großen Beifall. Zahlreiche Elemente, welche erschienen waren um die Versammlung zu stören, wurden an die gleiche Zeit geleitet. Einmütig nahm die Versammlung folgende Entschließung an:

Entschließung

Die am 24. Mai überfüllte öffentliche Arbeiterversammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von der Verhaftung des proletarischen Genossen Fritsch, während den Gefängnis ruhiger ist, sich zu bewaffnen und ruhige Arbeiter zu misshandeln.

Die Versammelten geloben, sich durch keinen Druck davon abhalten zu lassen, sich gegen diese Banditen zu verteidigen und sie mit sich mehr wie bisher zu Wehrmaßnahmen zusammenzuschließen.

Resolution

Die am 24. Mai in Karl überfüllte öffentliche Arbeiterversammlung ist entschlossen darüber, daß die Staatsanwaltschaft in Breslau es wagt, den Arbeiterkollegen Fritsch, Mischowitz, ohne jeglichen Grund, nur auf Denun-

zierung durch Orgeschlämmer, in Haft zu halten. Die Versammlung verlangt die sofortige Freilassung des Arbeitkollegen Fritsch. Da seine Festhaltung jeder rechtlichen Grundlage entbehrt, Instanz Richter ins Gefängnis zu werfen, soll die Staatsanwaltschaft gegen jene vorgehen, die Tag für Tag Arbeiter bis aufs Blut ausbeuten, ohne ihnen den geringsten verdienten Lohn zu geben. Dadurch wird Not und Elend im unermesslichen gesteigert und die Arbeiterfamilien bis zum Neuharten gequält. Diese Ausbeuter sind die Feinde der gesamten Nation und müssen, wenn Gerechtigkeit in Deutschland bestünde, schon längst durch die Staatsanwaltschaft ungeschädlich gemacht sein.

Oppell. Liebenswürdige Vorgelegte. Ein Beamter des Vagabundenwesens schreibt und: Dem heiligen Tag der Arbeit gebührt der Ruhm, über einige der unerschrockensten und schlagfertigsten Beamten zu verfügen, welche jederzeit bereit sind, ihren echten deutschen Mannesmut allen, gebrechlichen Arbeitern, Schwerekriegsbeschädigten usw. zu beweisen. Dieser Tage erlaubte sich der Werkführer W. eine solche Zäpferlei, indem er den Arbeiter Br. in brutaler Weise herumschickte und mit „verfluchter Jesuit“ stultische Betriebsrat und freigeberisch organisiert Arbeiter haben des dickeren Gelegenheit gehabt, sich mit diesem Herrn zu beschäftigen und hat

es nur der Meinungsbekundung seines am 1. Mai d. J. etwas unfeindlich nach anderen Weisheiten verfaßten Boraxenten zu verdanken, daß nicht schon längst maßgebende Stellen sich mit seiner geschätzten Persönlichkeit befaßten. In den Sonntagsnummern der beiden „Schwarzen Säulen“ erschien ein von mehreren Mitgliedern des Deutschen Bauernbundes geschicktes Eingekleidet, betitelt: „Im Jahre des Heils 1923“, welches dezent entfällt ist, daß wir nicht umhin können, es näher zu beleuchten. Die Arbeiterchaft mag für die Herren von der schwarzen Fakultät sehr sinnreich sein, hat man doch alle Mienen springen lassen, um den ober-schleissischen Protesten schier unermessliche Geld- und Gnadenmittel; statt Brot in diesem Jahre zu spendieren. Der, oder die Einzieler schreiben nun: Ist das die, im Autonomiekampf ver-sprochene Partik, oder sind es etwa die ersten Früchte des Anschlusses an die Amsterdamer-Internationale? Wir lernen die echt jesuitische Diktir unserer christlichen Brüder zu genau und wissen, daß jede Schufstigkeit ihrer Kreise den bösen Koten angehängen wird; können aber den Herrschaften mitteilen, daß der schwarze Weisheit Herr Pöhl einer Internationalen oder freien Bewegung genau so nahe steht, wie etwa Herr Ledwig und Gen. Dem Freidenkerbund. Diese Menschen sollten sich denn doch bald schämen, von Gleichberechtigung und dergl. zu sprechen. War es denn nicht ein Mitarbeiter an jenem Eingekleidet, welcher während der Abstimmungszeit einen alten Sa-

nterakter im Büro an die Wand schleuberte und seinen christlich nationalen Geis in einem, im Beizton der Heberzeugung hervorgehobenen: „Verdammter Völk“, Luft machte, weil der Mann die Freiheit belast, eine von deutschen Abstammungsgästen aus dem Zuge geworfene Butterkugel aufzuheben. Zeugt es etwa von Gleichberechtigung, wenn man fast täglich in allen Zonen nach Vernehmung aller nichtatholischen böseier Beamten schreit? Dem aufgestellten Beamten und Arbeiter ist es vollständig gleichgültig, welcher Konfession die Herren angehören, wenn sie nur nicht reaktionär und arbeitserfeindlich sind.

Die Arbeiterchaft der Betriebs-Werke fordert, daß sie nun endlich eine dem ministeriellen Erlaß entsprechende Behandlung durch die Verwaltung findet. Auerkannt muß werden, daß der neue Dienststellenleiter allen Stellen des Betriebes gerecht zu werden versucht.

Landeshut. Achtung Arbeitermänner! Die kommunistische Partei leitet den Wahlkampf ein in der am Sonntag, den 3. Juni, vormittags 9 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne“, stattfindenden Wählerversammlung, in welcher Vorschlagsabgeordnete, Genosse Stellertup über die Aufgaben des Kommunisten im Stadtparlament sprechen wird. Werbt und agitert für Massenbesuch!

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Zambrowski, für den Inserenten: Max Schöper, Breslau, Nikolaistraße 49/50, Druck: Proving Schellen e. V. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Reichs-Arbeiter-Sport-Tage (Rast)

vom 2. bis 6. Juni 1923

Sportliche Veranstaltungen:

Sonnabend abend: Fackelzug vom Schlossplatz über Ring nach dem Gewerkschaftshause. — Sonntag vormittag: Wassersport zwischen Ohreirundung und Holteihöhe. — Sonntag nachmittag: Sportliche Veranstaltungen auf der Radrennbahn. — Montag abend: Wassersport an der Mauritiusbrücke. — Dienstag abend: Hallensport in den Turnhallen Kreuzstraße, Brodauer Straße, Reichstraße, Liegnitzer Straße; Turnen; in den Turnhallen Waterloostraße, Fürstenstraße: Athletische Vorführungen. — Mittwoch abend: Fußball- und Handball-Wettspiele im Giechenpark; im Gewerkschaftshause: Schachwettspiele. — Näheres im gedruckten Programm und in der Arbeiterpresse.

Eintrittspreise! Auf der Radrennbahn: Sitzplatz 1000 Mk., Stehplatz 500 Mk.; Kinder: Sitzplatz 500 Mk., Stehplatz 200 Mk. An allen übrigen Tagen: Eintritt frei!

Bortverkaufstellen für Einlaßkarten zur Radrennbahn, Programme und Abzeichen.

Verkaufsstellen: Gewerkschaftshaus (Stehbierhalle); Fahrradhaus „Fisch auf“, Nikolaistraße 42; Zigarrengeschäft Julius Gübner, Mathiasstraße 100; Lager des Konsumvereins „Arbeiter“, Erringerplatz; Tauentzienstraße, Schwentfeldstraße, Neumarkt sowie bei allen Mitgliedern der Arbeiter-Sportvereine und Hermann Land, Breslau 6, Underffenstraße 42.

Arbeiter-Kartell für Sport und Körperpflege.

Berichtungs-Kalender.

- KPD** Bezirksleitung: F. von z. Kasse, Breslau, Treppenstr. 50, Tel. Ring 837, Dampferstr. 1, C. K. K. Breslau, Dampferstr. 50.
- KJD** Bezirksleitung: Max Götter, Breslau, Nikolaistraße 49/50, Buchhofstr. 2, Breslau, C. K. K. Breslau, Dampferstr. 50.
- KKG** Bezirksleitung: Max Götter, Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Kaufe in Eile wer irgend kann,

das rieten wir neuerdings immer wieder, zuletzt im Februar! Und wir rieten den Freunden von

Reichardt-Kakao und -Schokolade

stets gut! Deutschlands Wirtschaftslage läßt keinerlei Zweifel hierüber. Wer in diesem Rat Selbstsucht erblickt, unterstellt unseren sozialen und volkswirtschaftlichen Motiven eine Gefinnung, wie sie zur Kaufenthaltung verleitet und schädigt sich selbst an meistent. Darum bereite sich ein jeder, der Notlage der deutschen Industrie zu steuern, wie es von allen Freunden unserer kräftigsten und zugleich schmackhaftesten Kost der neue

Reichardttruf

erhält. Man erhält ihn unentgeltlich überall, wo die bekannten blauen Reichardt-Schilder anzeigen, daß Reichardt-Kakao und Schokoladen, trotzdem die Rohstoffe hierzu mit Dollars bezahlt werden müssen, dort noch unter Dollarkurs künstlich sind.

Auf Grund der §§ 20 und 87 der Mehl- und Brotordnung für den Stadtkreis Breslau vom 12. August 1921 (Beilage zu Nr. 36 des Bresl. Gemeindeblattes) ordnen wir folgendes an:

- Sämtliche Bäcker und Händler, die R.G.-Mehl beziehen oder abgeben, haben die bis einschließlich den 3. Juni 1923 eingenommenen Brotmarken Nr. 9 (einschließlich der von den Wiederverkäufern) sowie die Schifferbrotmarken spätestens am dem unten angegebenen Tage bis 1 Uhr nachmittags in der vorgeschriebenen Weise und an dem vorgeschriebenen Orte abzuliefern. Ebenso haben sie bis zu diesem Zeitpunkte die Lieferheime für die bis zum 3. Juni 1923 an Anstalten ohne Brotmarken gelieferten Mengen R.G.-Gebäcks oder Mehls abzuliefern.
- Sie haben ferner die für diese Brotmarken und Lieferheime erhaltenen Quittungen sowie sämtliche übrigen in ihrem Besitze befindlichen Quittungen, Gutscheine, Restgutscheine oder Lieferungsbescheinigungen am gleichen Tage bis 3 Uhr nachmittags in der Stadtverteilungsstelle, Mülcherplatz 6/7, 2. Stock, Zimmer 13, für Bäcker, und 1. Stock, Zimmer 9 für Händler, abzugeben. Sie erhalten über die Gesamtzahl der abgelieferten Quittungen einen neuen Gutschein.

Der für den Einzelnen in Frage kommende Tag ist folgender:

- Für die Bäcker und Händler aus den Bezirken:
 - Mitte, Westen und Süden: Montag, 4. Juni 1923
 - Osten und Norden: Dienstag, 5. Juni 1923.
- Alle bis zu diesem Zeitpunkte nicht abgelieferten Quittungen und Gutscheine verlieren ihre Gültigkeit.

Stadtverteilungsstelle.

Achtung Literaturbeute!

Die Broschüre
Max Hoelz
der gemeine Verbrecher
ist wieder eingetroffen.
Bestellungen nimmt entgegen die
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. V. m. b. H.
Breslau, Nikolaistraße 49/50
Wichtig: Buchhandlung.

Wanzen

samt Brut kann jeder Late in wenigen Stunden ohne Risiko ohne Geld oder Zeitverlust ohne Apparat durch das berühmte Einflö-Gas tödlich radikal beseitigen. Nur durch Bergal, radit. Bejeit. Zu hab. in all. Drog.

Achtung Genossen!

Anfertigung sämtlicher Herren-Garderobe nach Maß zu den billigsten Preisen. 150
W. Radlewski, Oderstr. 14, III.

Gewerkschaften

KKG Bezirksleitung: Max Götter, Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Andere Organisationen

- Freie Arbeitervereine:** Sonntag, den 3. Juni, vormittags 9 Uhr, Treffen für Kinder, Frauen und Eltern im Gewerkschaftshause.
- Freie Arbeitervereine:** Sonntag, den 3. Juni, vormittags 9 Uhr, Treffen für Kinder, Frauen und Eltern im Gewerkschaftshause.

Vorteilhafte Angebote:

Eisen-Brandt
Eisenwaren
Brennerei
Brennerei
Brennerei
Markt u. Tafel-Wagen
Leiter- und Kasten-Wagen
Reise- und Touristen-Artikel
Eisen-Brandt
Fritz Brandt, Eisenhandlung, Breslau
Nikolai-Strasse 63a Ecke Neue Weingasse.

Allein-Mehle Lampen
Kurt Schäfer
Rohprodukte
Breslau
Kurt Schäfer
Rohprodukte
Breslau
Kurt Schäfer
Rohprodukte
Breslau

Achtung!
Wo?
kauft man neue und gebrauchte Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten bei H. Kluge Neumarkt 12, I.

Zable
für Rohprodukten jeder Art, sowie für Makulatur, Säcke und Felle
die höchst. Tagespreise
Genolle Kraule, Reuschestr. 50.
Beachtet unsere Inserenten!

Arbeiter
Beachtet mein Friseurgeschäft
Zeitung liegt aus.
M. Brünn
An den Kasernen 5.